

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 9. Oktober 1969 *Fischer*

Nummer 41

Zur DM-Aufwertung

Am 29. 9. 1969 hat die Deutsche Bundesbank auf Regierungsbeschluß die Parität der D-Mark freigegeben. Die Zentralbank wird vorläufig nicht mehr auf den Devisenmärkten mit dem Ziel intervenieren, den Kurs der Mark innerhalb der engen international vorgeschriebenen Schwankungsbreite zu halten.

Mit diesem Schritt haben die wirtschaftspolitischen Instanzen einen Ausweg aus der Sackgasse gefunden, in die sie nach der im Mai dieses Jahres gefällten Entscheidung gegen die Aufwertung der Mark geraten waren. Die internationale Spekulation erwartete eine Revision dieser Entscheidung; sie setzte auf Bundestagswahl und Regierungsneubildung als den dafür wahrscheinlichen Termin. Die kurz vor der Wahl wiederauflebenden spekulativen Geldbewegungen bestätigten diese schon lange gehegte Vermutung. Der erste Schritt zur Abwehr dieser Bewegungen, die Schließung der deutschen Devisenbörsen, forderte nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses zwingend einen weiteren, sollten der offizielle Handel mit D-Mark nicht längere Zeit stillgelegt und Schäden für die Abwicklung der üblichen internationalen Waren- und Kapitaltransaktionen verhindert werden.

Die Regierung hat sich in dieser schwierigen Situation des Vorschlages erinnert, den der Sachverständigenrat in seinem Zwischengutachten vom Juni dieses Jahres gemacht hatte: der Abwehr weiterer spekulativer Geldzuflüsse aus dem Ausland durch die zeitweilige Freigabe des Wechselkurses der D-Mark. Wie sich rasch gezeigt hat, war dieses Instrument geeignet, das gesetzte Ziel zu erreichen. Zwar hätte die gleiche Wirkung auch mit einem regelrechten Aufwertungsbeschluß erzielt werden können; das früher für die gesamte Amtszeit der Regierung gegebene Versprechen, keine Paritätsveränderung vorzunehmen, stand aber wohl einer solchen — besseren — Entscheidung entgegen.

Obwohl sich bereits gezeigt hat, daß die Freigabe des Wechselkurses de facto einer Aufwertung entspricht, sind dennoch Unterschiede gegenüber der de jure-Aufwertung festzustellen: Theoretisch ist noch gar nichts entschieden worden. Der Sachverständigenrat räumt in seinem Vorschlag sogar die Möglichkeit ein, nach der Abwehr der Aufwertungsspekulation erneut eine Entscheidung zur Nichtaufwertung zu fällen und zur alten Parität zurückzukehren.

Wahrscheinlich ist jedoch, daß die Bundesrepublik die de facto-Aufwertung durch eine Änderung der offiziellen Parität ablösen wird. Mit dem Argument, in der — vorübergehenden — Periode eines freien Wechselkurses böte sich die Möglichkeit, den internationalen „Marktwert“ der D-Mark festzustellen und die Höhe des Aufwertungssatzes besser zu bestimmen, wird der neue Kurs der DM jedoch nicht präjudiziert. Auch in der Wahl der künftigen amtlichen Parität ist die Regierung frei. Sie kann außerdem bestimmen, ob und wann sie mit einer Entscheidung für eine Aufwertung die bisher geltende steuerpolitische „Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke“ außer Kraft setzt.

Dieser große Entscheidungsspielraum spiegelt sich während der Übergangsphase in der Unsicherheit wider, mit der die Wirtschaft zur Zeit disponieren muß. Er erschwert es auch, die Bedeutung der jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahme für die weitere konjunkturelle und außenwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik einzuschätzen. Die von einem bestimmten Aufwertungssatz ausgehenden Wirkungen auf die Einfuhren, Ausfuhren und deren Preise ließen sich aber auch bei Kenntnis dieses Satzes wegen der am Terminmarkt schon seit längerem mit Aufschlägen gehandelten D-Mark nur innerhalb großer Fehlergrenzen veranschlagen. Allgemein wird man aber sagen können, daß in Anbetracht einer sich abschwächenden internationalen Konjunktur die Wirkungen auf das Wachstum des deutschen Exports gegenwärtig relativ — d. h. je vom Hundert des Aufwertungssatzes — stärker sein werden als bei der steuerlichen Quasi-aufwertung am Ende vorigen Jahres. Damals hatte eine starke internationale Konjunktur die vom Satz her geringen Aufwertungseffekte auf die Ausfuhrmengen etwa kompensiert. Diese Aussage wird auch durch die Tatsache gestützt, daß die Auslandsnachfrage nach deutschen Erzeugnissen in den letzten Monaten zwar ein außerordentlich hohes Niveau gehalten, aber kaum noch zugenommen hat. Ein relativ stärkerer Effekt ist auch bei der Einfuhr anzunehmen, da mit der Beendigung der Phase relativer Preisstabilität in der Bundesrepublik sowie angesichts der hohen Auslastung der industriellen Kapazitäten die Preiselastizität der Einfuhr größer geworden sein dürfte.

Die Wirkungen einer Aufwertung auf die Entwicklung des heimischen Preisniveaus sind zur Zeit anders einzuschätzen, als es noch vor wenigen Monaten der Fall gewesen wäre. Mit den Streiks und den Lohnforderungen der Arbeitnehmer im September dieses Jahres ist eine neue Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen eingeleitet worden. Zwar wird eine Aufwertung auch das Klima der weiteren Lohnauseinandersetzungen beeinflussen. In den meisten exportintensiven Bereichen, die eine Aufwertung als Argument zur Abwehr relativ hoher Lohnforderungen erfolgreicher als die übrigen Sektoren verwenden können, sind jedoch gerade neue Tarifverträge abgeschlossen worden. Eine merkliche Dämpfung der Lohnexpansion ist zunächst nicht zu erwarten. Bei einem geringer werdenden Produktivitätsfortschritt werden daher die Lohnkosten je Produkteinheit nach wie vor stark steigen. Eine Aufwertung wird der damit begründeten Preissteigerungstendenz je nach Höhe des endgültigen Aufwertungssatzes entgegenwirken. Wie sich dabei das Preisniveau des privaten Verbrauchs entwickeln wird, hängt in starkem Maße von den Lösungen ab, die für den Agrarsektor gefunden werden. Eine Abschirmung der deutschen Agrarpreise vor den Aufwertungseffekten, wie sie in der gegenwärtigen Übergangszeit erfolgt, würde die preisdämpfenden Wirkungen fühlbar schmälern. Eine aufwertungsbedingte Senkung des Niveaus der deutschen Agrarpreise empfiehlt sich daher auch unter der Bedingung vorübergehender staatlicher Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft. Mit einer solchen Lösung würde außerdem eine weitere Desintegration der EWG, wie sie mit der Abwertung des französischen Franc vorübergehend verbunden ist, verhindert werden. Die hohen Überschüsse der öffentlichen Kassen gewähren den notwendigen finanziellen Spielraum.

Nach einer definitiven Aufwertung werden die binnenwirtschaftliche Durchschlagskraft und der durch die Zahlungsbilanz fixierte Aktionsradius der Notenbank zunehmen; denn die Festsetzung einer neuen DM-Parität wird rasch zum Abzug der sehr umfangreichen spekulativen Auslandsgelder und zu einer Entschärfung der Zahlungsbilanzprobleme anderer Länder führen. Gleichzeitig verliert jedoch die konjunkturpolitische Begründung

für eine Fortsetzung des geldpolitischen Restriktionskurses an Berechtigung.

Der Abfluß spekulativer Gelder wird zwar eher den Geldmarkt als den Kapitalmarkt treffen, da der bisherige Zustrom spekulativer — und das heißt: höchst labiler — Liquidität die Banken zu keinem nennenswerten Engagement auf dem Kapitalmarkt bewogen haben dürfte. Nach dem Rückzug dieser Gelder wird jedoch offenkundig werden, daß die Bundesbank das in den bisherigen Liquiditätsreserven enthaltene „echte“ Expansionspotential überschätzt hatte. Die drastischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung einer bedenklichen „Überliquidität“ ergriffen worden sind, müssen daher in nächster Zeit Schritt für Schritt zurückgenommen werden: Die Mindestreserve-Sätze sollten wieder ermäßigt und die Refinanzierung bei der Notenbank (Diskontsatz, Rediskont-Kontingente) erleichtert werden; die Einnahmenüberschüsse des Bundes und der Länder sollten nicht in dem bisher vorgesehenen Umfange liquiditätseinengend angelegt werden. Ohne eine solche Modifizierung des Restriktionskurses würde die Bankenliquidität so stark schrumpfen, daß eine ernsthafte, der konjunkturellen Situation nach einer Aufwertung nicht angemessene Beeinträchtigung des Kapitalmarktes zu befürchten wäre.

Abstinenz von Restriktionen gilt aber ganz allgemein — nicht nur für die Geldpolitik. Insbesondere muß darauf hingewiesen werden, daß die von einer verstärkten Lohnexpansion erwartete Verbrauchskonjunktur in ihrer Bedeutung häufig überschätzt wird. Schon die Lohnsteuerprogression und die Beitragserhöhungen bei der Sozialversicherung schmälern den Kaufkrafteffekt erhöhter Bruttoeinkommen erheblich. Die Wachstumsrate der Einzelhandelsumsätze im Juli und August deutet darauf hin, daß bisher von einer überschäumenden Verbrauchskonjunktur nicht die Rede sein kann. Die Verbrauchsgüterindustrien haben z. B. ihre Produktion im Jahre 1968, als der private Verbrauch nur schwach expandierte, stärker erhöht als in diesem Jahr; 1969 ist die Produktion dieser Industriegruppe — saisonbereinigt — bisher kaum gestiegen. Zwar hat sich in diesem Jahr das Wachstum der Verbrauchsnachfrage stark auf Güter konzentriert, die nicht von den traditionellen Ver-

brauchsgüterindustrien, sondern von Zweigen der Investitionsgüterindustrie hergestellt werden (Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Konsumgüter), eine generelle Überforderung der für den Verbrauch verfügbaren Kapazitäten ist jedoch weder gegeben, noch braucht sie befürchtet zu werden.

Die Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft wird bis weit in das Jahr 1970 hinein zunehmen, auch wenn die Investitionsneigung, gemessen an den Auftragsvergaben, im Gefolge der Aufwertung negativ beeinflußt werden sollte. Gerechtfertigt ist diese Annahme angesichts der hohen Auftragsbestände, die eine weit größere Reichweite haben als in der letzten Hochkonjunktur. Dennoch ist trotz starker Investitionsausdehnung im bisherigen Aufschwung die Investitionsquote der Bundesrepublik noch niedriger als vor der Rezession. Eine langfristig befriedigende Ausweitung der Kapazitäten setzt somit weiter steigende Anlageinvestitionen voraus. Ziel einer DM-Aufwertung innerhalb dieses Sektors sollte deshalb nicht eine gleichzeitige Dämpfung der Anlageinvestitionen, sondern eine Freistellung von bisher für das Ausland beschäftigten Kapazitäten zur Verbesserung des heimischen Investitionsgüterangebots sein.

Die de facto-Aufwertung der D-Mark fällt noch in eine Periode hoher konjunktureller Aktivität der deutschen Wirtschaft. Unmittelbare rezessive Rückschläge sind daher nicht zu befürchten. Die Kosten-Preis-Spirale ist jedoch bereits in Bewegung gesetzt; Preisstabilität im absoluten Sinne kann kurzfristig nur durch eine Rezession erreicht werden. Die Aufwertung vermag lediglich einer weiteren Verstärkung des Preisauftriebs entgegenzuwirken. Aufgabe der wirtschaftspolitischen Instanzen nach einer definitiven D-Mark-Aufwertung ist es daher in erster Linie, „angemessenes“ Wachstum zu sichern. Kreditrestriktionen, öffentliche Einnahmenüberschüsse und Aufwertung zusammen könnten im Laufe des Jahres 1970 eine Bremswirkung erreichen, die konjunkturpolitisch nicht vertretbar ist. Die öffentlichen Haushalte für 1970 sollten also keinesfalls mit konjunkturdämpfenden Absichten aufgestellt werden. Im Bereich der Personalausgaben wird dies ohnehin nicht möglich sein, doch kompensierende Einsparungen bei den Investitions- und sonstigen Sachausgaben müssen

ebenfalls unterbleiben. Je nach der Höhe des noch festzusetzenden definitiven Aufwertungssatzes werden eventuell weitere, bewußt expansionsfördernde Maßnahmen, z. B. in Form von Steuersenkungen, erforderlich.

Bei einer — im Interesse der Wirtschaft unver-

züglich notwendigen — Entscheidung über die Höhe des Aufwertungssatzes müssen diese Konsequenzen berücksichtigt werden: Mehr Preisstabilität bei angemessenem Wirtschaftswachstum setzt für 1970 die Bereitschaft des Staates voraus, eine wachstumsorientierte Finanzpolitik zu betreiben.

Die Nachfrage nach Aluminium in der Bundesrepublik Deutschland bis 1975

Im Jahre 1968 wurden in der Bundesrepublik 0,75 Mill. t Aluminium verbraucht; 72 vH davon waren Hüttenaluminium und 28 vH Umschmelzaluminium¹. In den Jahren 1958 bis 1968 betrug der jährliche Zuwachs des Verbrauchs durchschnittlich knapp 10 vH; vor allem in den Jahren 1967 und 1968 waren extrem hohe Zuwachsraten zu verzeichnen (23,0 bzw. 27,2 vH). Auch für 1969 ist ein Zuwachs von mehr als 15 vH zu erwarten. Dem im ersten Halbjahr 1969 stark gestiegenen Bedarf stand eine Eigenerzeugung an Hüttenaluminium gegenüber, die mit 0,13 Mill. t nur um 1,3 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1968 gesteigert werden konnte. Daher mußten in dieser Zeit etwa 0,2 Mill. t Rohaluminium importiert werden; das entspricht einer Zunahme von 57 vH gegenüber der ersten Vorjahreshälfte. Der Mehrbedarf traf infolge einer weltweiten Knappheit dieses Metalls auf eine geringe Angebotselastizität, so daß bei der Versorgung der Industrie mit Aluminiumhalbzeug längere Lieferfristen auftraten.

Die kräftige Steigerung des Aluminiumbedarfs in den letzten Jahren ist die Folge der in allen westlichen Ländern lebhaften Wirtschaftstätigkeit. Die Expansion der Aluminium nachfragenden Industrie und die Wiederaufstockung der in der wirtschaftlichen Stagnation 1967 abgebauten Lager bewirkten eine kumulierte Nachfrage. In wenigen Monaten hatte sich der Aluminiummarkt von einem Käufer- zum Verkäufermarkt gewandelt.

Die Förderung von Bauxit kann zwar ohne größere Schwierigkeiten gesteigert werden; die Angebotselastizität der Aluminium erzeugenden Industrie ist jedoch verhältnismäßig gering. Wie die

Stahlindustrie ist sie sehr kapitalintensiv; sie kann sich kurzfristigen Marktveränderungen nicht anpassen, sondern ihre Kapazitäten nur stufenweise im Rahmen eines langfristigen Kapazitätsausbaus erhöhen. Bei Erweiterungsinvestitionen sind die Unternehmen stets darauf bedacht, die beträchtlichen Kostenvorteile der Größendegression zu nutzen und sprungfixe Kosten zu minimieren. Erst in den nächsten Jahren wird durch neue Kapazitäten eine Entlastung eintreten. Nach den bisher bekannten Investitionsvorhaben soll die gegenwärtig 0,26 Mill. Jahrestonnen betragende Kapazität für die Erzeugung von Hüttenaluminium bis zum Jahre 1975 auf insgesamt 0,70 Mill. Jahrestonnen gesteigert werden. Insgesamt werden dann in Hütten- und Umschmelzwerken Kapazitäten in Höhe von etwa 1,1 Mill. t verfügbar sein.

Obwohl die Industrie auf mögliche Überkapazitäten hinweist, ist zu bezweifeln, daß mit diesem Produktionspotential die künftige Nachfrage gedeckt werden kann. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Aluminium hat sich in der Bundesrepublik in den

¹ Etwa 90 vH des insgesamt verbrauchten Aluminiums mußte in Form von Erzen, Halbzeug oder Schrott importiert werden.

Verbrauch an Aluminium und Einkommenselastizität in wichtigen Industrieländern

Land	Pro-Kopf-Verbrauch in kg	Durchschnittl. Steigerungsrate des Al.-Verbrauchs in vH	Elastizität ¹⁾
	1968	1963 — 1968	
Bundesrepublik . .	10,7	11,9	2,65
Frankreich	7,2	8,2	1,75
Großbritannien . .	10,6	5,5	1,77
Italien	5,2	9,7	2,00
Japan	7,0	17,0	1,57
USA	21,3	10,5	2,06

¹⁾ Veränderung des gesamten Aluminiumverbrauchs im Verhältnis zur Veränderung des Bruttosozialprodukts.

Der Aluminiumverbrauch in der BRD 1950 und 1968 und der projizierte Verbrauch 1975

	1950	1968	1975 ²⁾	1950	1968	1975 ²⁾
	in t			in vH		
Industrie	69 260	410 400	695 700	81,8	63,8	63,5
Eisen und Stahl	3 880	29 700	58 600	4,0	4,6	5,3
Chemie ¹⁾	5 060	15 600	24 600	6,0	2,4	2,2
Fahrzeugbau	18 260	129 400	226 000	21,6	20,1	20,6
Maschinenbau	11 930	56 900	79 500	14,1	8,8	7,3
Elektrotechnik	10 350	89 700	174 800	12,2	14,0	16,0
EBM-Industrie	11 450	29 400	41 400	13,5	4,6	3,8
sonstige Industrie	8 360	59 700	90 800	9,9	9,3	8,3
Baugewerbe	2 650	80 800	246 000	3,1	12,6	22,5
Privater Verbrauch	5 220	15 700	19 700	6,2	2,4	1,8
Sonstiger Verbrauch	7 350	68 500	134 000	8,7	10,7	12,2
Einfuhr	200	67 700	-	0,2	10,5	-
Inlandsverbrauch, gesamt	84 680	643 100	1 095 400	100,0	100,0	100,0
Ausfuhr	11 500	115 800	347 600			

¹⁾ Einschließlich Nahrungsmittel und Landwirtschaft. — ²⁾ Der Projektion wurden die durchschnittlichen Jahreswachstumsraten 1958 — 1968 zugrunde gelegt.

letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt; er lag 1968 mit 10,7 kg hinter den USA (21,3) und Kanada (15,2) an dritter Stelle in einer Gruppe mit Schweden, der Schweiz und Großbritannien. Daß der Verbrauch in der Bundesrepublik sich schnell dem in den USA erreichten Verbrauchsniveau nähert, geht auch aus der hohen Einkommenselastizität hervor. So liegt die Bundesrepublik in der Einkommenselastizität des Aluminiumverbrauchs im Durchschnitt der Jahre 1963 bis 1968 deutlich an der Spitze vor den Vereinigten Staaten von Amerika.

Hauptverbraucher von Aluminium sind die Investitionsgüterindustrien, darunter vor allem der Fahrzeugbau, die Elektroindustrie und der Maschinenbau. Ein sehr bedeutender Nachfrager auf dem Aluminiummarkt ist auch das Bauhauptgewerbe. Im Fahrzeugbau ist der steigende Aluminiumverbrauch einmal durch die zunehmende Erzeugung bedingt, zum anderen — und zwar in noch stärkerem Maße — durch den steigenden Verbrauch je Einheit. Vor allem Legierungen von Eisen und Magnesium, aber auch Kupfer und Chrom werden durch Aluminium substituiert. In der Elektroindustrie wird ebenfalls zunehmend Aluminium verwendet; auch hier ersetzt es andere Metalle, besonders Kupfer in der Kabel- und Leitungsherstellung.

Während der Anteil des industriellen Aluminiumeinsatzes am gesamten Aluminiumverbrauch in letzter Zeit mit etwa zwei Dritteln annähernd kon-

stant geblieben ist, hat die Bauwirtschaft als Bezieher stark an Bedeutung gewonnen: Im Jahre 1968 bezog sie fast 13 vH des gesamten Inlandsabsatzes. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf das Vordringen der Verwendung von Fertigbauteilen; auch der zunehmende Einsatz von Aluminiumprodukten bei der Gestaltung der Gebäudefassaden bestimmt diese Entwicklung.

Größere Bedeutung für die inländische Produktion hat auch der Export von Aluminium in Form von Halb- und Fertigfabrikaten erlangt. Das Wachstum von 1958 bis 1968 betrug im Durchschnitt jährlich 17 vH und entsprach damit dem Tempo der Nachfragesteigerung des Baugewerbes.

Aufgrund der strukturellen Entwicklung des Verbrauchs in den Jahren 1958 bis 1968 wurde der jeweilige Aluminiumeinsatz für das Jahr 1975

Ein- und Ausfuhr von Aluminiumhalbzeug und Fertigprodukten 1950—1968

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr- überschuß	Verände- rung zum Vorjahr in vH
	in t			
1950	200	11 500	11 300	•
1958	1 600	23 900	22 300	+ 8,3
1959	3 100	29 900	26 800	+ 20,2
1960	9 000	34 900	25 900	— 3,4
1961	12 000	38 300	26 300	+ 1,5
1962	13 000	43 600	30 600	+ 16,3
1963	17 900	51 000	33 100	+ 8,2
1964	28 400	56 500	28 100	— 15,1
1965	32 000	54 700	22 700	— 19,2
1966	37 500	77 400	39 900	+ 75,8
1967	37 400	95 700	58 300	+ 46,1
1968	67 700	115 800	48 100	— 17,5

projiziert. Bei einer Zunahme des Verbrauchs von 9,6 vH im Jahresdurchschnitt bis zum Zieljahr zeigen sich gegenüber 1968 deutliche Verschiebungen in der Nachfragestruktur. Während der Anteil der Industrie insgesamt — bei allerdings deutlichen Divergenzen von Branche zu Branche — mit knapp zwei Dritteln annähernd konstant bleiben dürfte, wird der Anteil des Baugewerbes erheblich zunehmen: Nach den Ergebnissen der Projektion erreicht er im Jahre 1975 22,5 vH. Damit wird das Baugewerbe bis zum Zieljahr 1975 den gegenwärtigen Entwicklungsstand der USA nachvollzogen haben; dort hatte dieser Sektor 1968 einen Anteil von 24 vH.

Wird der vorausgeschätzte Bedarf an Aluminiumerzeugnissen im Jahre 1975 erreicht, so müßten die dann nach den jetzigen Planungen bekannten Kapazitäten in den Aluminiumhütten und Umschmelzwerken zu 100 vH genutzt werden und der Export auf eine bedeutungslose Größe zusammenschrumpfen, soll die Nachfrage aus eigenen Anlagen gedeckt werden. Beide Voraussetzungen erscheinen nicht realistisch. In Anbetracht dieses Kapazitätsengpasses besteht die Alternative darin, den Mehrbedarf aus ausländischen Kapazitäten zu decken oder die Kapazitäten im Inland — an denen wie bisher neben deutschen auch ausländische Unternehmen beteiligt sein können — zu erhöhen.

Der nächste „Wochenbericht“ erscheint als Doppelnummer am Donnerstag, dem 23. Oktober 1969

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel,
Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der
Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter

Zur DM-Aufwertung bearbeitet von Horst Seidler. — Die Nachfrage nach Aluminium in der BRD bis 1975
bearbeitet von Dieter Kamphausen.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch
auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—